

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. September 1977
am Donnerstag, dem 29. September 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	21, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	12, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	15, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	18, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	19, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	20, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung – gemäß der Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Bülow vom 15. Juni 1977 – nunmehr bereit und in der Lage, die tatsächliche Höhe der Kosten anzugeben, die für den Flug des SPD-Parteivorsitzenden Brandt nach Tel Aviv auf Grund der Beanstandungen des Bundesrechnungshofes in Rechnung gestellt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Trifft es zu, daß ein nicht unbeträchtlicher und angestiegener Anteil der Jugendlichen, die als Arbeitsplatzsuchende registriert sind, ursprünglich eine Lehrstelle gesucht haben, aber angesichts des geringen Angebots an Ausbildungsstellen und erhöhter Qualifikationsanforderungen der Betriebe vorzeitig resigniert haben, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zumindest dieser Teilgruppe der sogenannten freiwilligen Bildungsverzichter die Chance zu einer qualifizierten beruflichen Erstausbildung zu eröffnen?
3. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Kann die Bundesregierung die Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung bestätigen, wonach die Arbeitslosigkeit unter den berufsschulpflichtigen Jugendlichen weitaus größer sei, als bisher angenommen, und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Für welche Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland bestehen zur Zeit Entsorgungsverträge (gegebenenfalls seit wann) mit ausländischen Wiederaufbereitungsanlagen, und welche Mengen abgebrannter Brennelemente sind bisher im Rahmen dieser Verträge wiederaufgearbeitet worden und zu welchen Kosten?
5. Abgeordneter
Gerlach
(Obernaeu)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, wie in der Mitteilung des Bundesarbeitsministers über die Einsetzung der Kommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen angedeutet, im Zuge der Übertragung der Lösungsmodelle für die soziale Rentenversicherung auf „andere Versorgungssysteme“ auch die Vorschriften über die Beamtenversorgung zu verändern, und welche Überlegungen werden – bejahendenfalls – von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang angestellt?

6. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Aus welchen Gründen sind die Wachdienste beim Bundesgrenzschutz von der Bezahlung nach § 3 Abs. 2 der Erschwerniszulagenverordnung ausgenommen?
7. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, da bei den Polizeidiensten der Länder diese Wachdienste anders als beim Bundesgrenzschutz finanziell abgegolten werden, eine entsprechende Lösung auch für den Bundesgrenzschutz einzuführen, und mit welchen Kosten wäre dies verbunden?
8. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung gegen das unverantwortliche Verhalten der DDR unternommen, die permanent Kaliendlaugen in einer um das 20-fache zu hohen Konzentration in die Werra leitet und damit den gesamten Fischbestand der oberen Weser zu vernichten droht, und welchen Erfolg haben gegebenenfalls die Bemühungen der Bundesregierung gehabt?
9. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Gründe liegen dafür vor, daß die Bundesregierung den Bundesbeauftragten für den Datenschutz, der gemäß § 17 des Bundesdatenschutzgesetzes zum 1. Juli 1977 hatte bestellt werden müssen, Mitte September 1977 immer noch nicht bestellt hat?
10. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Chance, durch Sportangebote auf und bei Campingplätzen mehr Menschen im Sinne der Werbung für Breiten- und Freizeitsport neu für die dauerhafte sportliche Betätigung zu gewinnen, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Untersuchungen und Modellversuche zu fördern?
11. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem sie in den vergangenen Jahren durch Rechtsverordnungen des Bundesinnenministers für etwa 30 zivile und militärische Flugplätze Lärmschutzbereiche festgesetzt hat, Vorschläge für eine Anpassung der Entschädigungsregelung des Fluglärmsgesetzes an die weitergehende Regelung der §§ 41 ff. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu machen?
12. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie wirkt sich das zwischen der EWG und der Türkei am 23. Dezember 1963 abgeschlossene Abkommen über die Gründung einer Assoziation in Verbindung mit dem Beschluß des Assoziationsrates über die Durchführung des Artikels 12 des Abkommens von Ankara vom 20. Dezember 1976 auf den deutschen Arbeitsmarkt aus?
13. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Flut terroristischen Informationsmaterials zu einer Stärkung des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland geführt hat und weiterhin führt, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um unverzüglich diese Informationsflut einzudämmen?
14. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Möglichkeiten für eine Erweiterung der freiwilligen Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst sieht die Bundesregierung, und welche gesetzgeberischen Schritte wird die Bundesregierung unternehmen?

15. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit und wie hoch sind die Kosten für eine Salzwasser-Pipeline von der Werra zur Nordsee, um die starke Versalzung der Werra durch Kaliabwässer aus der DDR zu beseitigen, und gibt es bereits konkrete Pläne für ein solches Projekt?
16. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Sieht auch die Bundesregierung – wie, Pressemeldungen zufolge, der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Weyer – einen Anlaß, hinsichtlich der Entwicklung der Sportpolitik vor „ideologischer Gängelung und staatlichem Dirigismus“ zu warnen, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in dieser Hinsicht grundsätzlich und für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland im besonderen?
17. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Ist nach Auffassung der Bundesregierung auch bei uns – wie der Präsident des Deutschen Sportbundes meint – für den Spitzensport gelegentlich die Gefahr gegeben, politisch mißbraucht zu werden, und wenn ja, welche Umstände begründen diese Gefahr und wie sollte ihr nach Auffassung der Bundesregierung begegnet werden?
18. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Begründung für die Ablehnung eines Asylgesuchs durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 29. April 1977, in der es unter anderem heißt, „Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland will nicht Personen gegen Verfolgung schützen, die eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Ordnung verwirklichen wollen“?
19. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Sieht die Bundesregierung in dieser Entscheidung einen Widerspruch zu ihrer Antwort in der Fragestunde des Bundestages vom 7. September wo festgestellt wurde, „Die Sicherheitsüberprüfung bezweckt nicht die politische Beurteilung eines Asylsuchenden. Sie dient auch nicht der Feststellung, ob der Asylsuchende aktiv für unser Grundgesetz einzutreten bereit ist . . .“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

20. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Erwägt die Bundesregierung eine Überprüfung des Vereinsrechts mit dem Ziel, Millionenclubs wie den ADAC nicht mehr mit dem gleichen Maßstab zu messen wie etwa einen normalen Turn- und Sportverein, und sollten nicht Clubs mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern wie der ADAC, der auch Wirtschaftsunternehmen betreibt, aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit eine andere Rechtsform wählen müssen als die eines Vereins?
21. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung die Vorschläge der Kommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität weiterverfolgen und dem Bundestag neue Straftatbestände (betreffend „irreführende Werbung“, „Gebrauch von Mogelpackungen“, „Submissionsabsprachen“, „progressive Kundenwerbung“, „Kreditwucher“, „Auspähen von Wirtschaftsgeheimnissen“, „Computermißbrauch“, „haftungsmindernden Firmenmiß-

- brauch“ usw.) vorschlagen, nachdem Äußerungen des Bundesjustizministers zufolge mit der Vorlage des Entwurfs eines 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist?
22. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Sind der Bundesregierung Schätzungen über den durch Wirtschaftskriminalität verursachten volkswirtschaftlichen Schaden bekannt, und in welchem Verhältnis steht dieser zu dem durch „klassische“ Kriminalität verursachten Schaden?
23. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Hält die Bundesregierung es für sachgerecht, daß für die Aburteilung der terroristischen Gewaltkriminalität und anderer schwerer Staatsschutz-Straftaten eine verhältnismäßig große Zahl von Oberlandesgerichten zuständig ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
24. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Könnte die Situation dadurch verbessert werden, daß die Zuständigkeit zur Aburteilung dieser Straftaten auf einige wenige Oberlandesgerichte konzentriert wird, und welche rechtlichen Möglichkeiten bieten sich hierzu an?
25. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Muß befürchtet werden, daß bei der Zunahme der Strafverfahren im Bereich erstinstanzlicher Oberlandesgerichtssachen sich eine Entwicklung anbahnt, die zu einer unerträglichen Belastung des Bundesgerichtshofes als letzter Instanz führt und damit auch eine erhebliche Verlängerung der Untersuchungshaft mit sich bringen kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
26. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Trifft es zu, daß erstinstanzliche Verfahren beim Oberlandesgericht sich im wesentlichen mit der langdauernden Feststellung komplizierter Sachverhalte und weniger mit diffizilen Rechtsfragen zu beschäftigen haben, und erscheint es unter diesen Umständen angemessen, die Zuständigkeit des Bundesgerichtshofes als Revisionsgericht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten?
27. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind die in der Übersicht des Bundesjustizministers über die Zahl der Opfer terroristischer Gewalttaten und die getöteten Terroristen (Stand: 8. September 1977) aufgeführten Opfer terroristischer Gewalttaten bzw. deren nähere Angehörige durch Bundesbehörden oder andere dem unmittelbaren oder mittelbaren Verantwortungsbereich der Bundesregierung zuzuordnenden Stellen für die erlittenen Opfer im Namen der Gemeinschaft entschädigt worden, und wie stellt sich der Sachverhalt in jedem einzelnen dieser Fälle nach dem Stand vom 15. September 1977 dar?
28. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Wie lange dauert die Bearbeitung der Entschädigung von Opfern terroristischer Gewalttaten bzw im Todesfall bei den Angehörigen durch die staatlichen Behörden, für die die Bundesregierung unmittelbar oder mittelbar verantwortlich ist, und gibt es heute in diesem Bereich noch Fälle, bei denen eine Entschädigung noch nicht gezahlt wurde, und gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, die Regelung für Kriegsoffer auf die Opfer terroristischer Gewalttaten auszudehnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Welche Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums liegt der Entscheidung der Oberfinanzdirektion München vom 25. März 1977 zu Grunde, in der den Schachclubs die Möglichkeit, Spendenbescheinigungen gem. § 10 b EStG auszustellen, entzogen wird?
30. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Kommt die Auffassung, daß Schachspiele letztlich nur einen Teilbereich von Freizeitbeschäftigungen darstellen und steuerlich nicht über den Begriff „Sport“ im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 2 AO 1977 eingeordnet werden können, im gesamten Bundesgebiet oder nur in einigen Ländern zur Anwendung?
31. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Steuerfreiheit des ADAC unverändert aufrechterhalten werden soll, obgleich aus den zahlreichen Veröffentlichungen in der Presse zu entnehmen ist, daß ein Hauptzweck des ADAC im Betrieb von Wirtschaftsunternehmen verschiedener Art zu sehen ist?
32. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es sich bei den „Gleichlautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder zur Neuorganisation der Finanzämter und Neuordnung des Besteuerungsverfahrens“ (GNOFÄ) nicht nur um einen innerbehördlichen Organisationserlaß handelt, sondern um einen Erlaß mit Außenwirkung, und ist er deshalb im Bundessteuerblatt veröffentlicht worden?
33. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der Klage der Steuerzahler und der Steuerberaterschaft, daß mit der GNOFÄ für den Bürger die Besteuerung noch komplizierter geworden ist und daß die Verwaltung einen Teil der ihr zugeordneten Arbeit auf die Bürger abwälzt?
34. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr von
Massenbach**
(CDU/CSU) Wie sieht die Bundesregierung die Rechtsgültigkeit der „Gleichlautenden Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder zur Neuorganisation der Finanzämter und Neuordnung des Besteuerungsverfahrens“ (GNOFÄ), die zum Zwecke der Durchführung der Steuergesetze nach sehr pauschalen Richtlinien unterschiedliche Gruppen von Steuerpflichtigen schafft, deren Angaben in der Steuererklärung gar nicht oder cursorisch oder intensiv geprüft werden, unter Beachtung des § 85 AO und insbesondere unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten?
35. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr von
Massenbach**
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung es bisher versäumt, ausnahmslos ausgereifte steuerliche Gesetzentwürfe vorzulegen, welche auch die Vereinfachung des Steuerrechts im Auge haben und die Übel des Besteuerungsverfahrens an der Wurzel fassen?
36. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)**
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Anteil der Unternehmer, deren Einkommen niedriger ist als das eines Facharbeiters, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Tatsache für ihre Steuerpolitik gegenüber diesem Personenkreis?

37. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Bundeswirtschaftsminister im Gegensatz zu den vom Kabinett beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen einen höheren Betrag als das von der Regierung ins Auge gefaßte Entlastungsvolumen von 7,5 Milliarden DM für angebracht hält?
38. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Worauf gründet der Bundeskanzler seine Kritik, die Deutschen würden zuviel sparen und sich damit nicht konjunkturgerecht verhalten, angesichts der Tatsache, daß in den ersten sieben Monaten 1977 bei allen deutschen Sparkassen Privatpersonen mit 6,7 Milliarden DM 22,4 v. H. weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (8,7 Milliarden DM) in den verschiedenen Sparformen angelegt haben, und müssen derartige Äußerungen nicht als Versuch gewertet werden, die tatsächliche Verantwortung für die Konjunkturschwäche von den politisch Verantwortlichen auf die Masse der Bürger abzuwälzen?
39. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes aus dem Jahr 1966 zum Rhein-Main-Donau-Kanal?
40. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, nach § 7 der Bundeshaushaltsordnung eine Kosten-Nutzen-Analyse einzuholen, um festzustellen, ob dieses Bauvorhaben wirtschaftlich sinnvoll und die Mittelvergabe hierfür haushaltsrechtlich gerechtfertigt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter
**Dr.-Ing
Laermann**
(FDP) Trifft der vom Deutschen Industrie- und Handelstag erhobene Vorwurf zu, vor allem die seit 1971 erlassenen Ausbildungsordnungen seien in ihren Anforderungen überzogen und wirkten damit äußerst „ausbildungshemmend“, und wenn ja, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um Ausbildungsvorschriften praxisgerechter zu gestalten, ohne dabei den Mindeststandard an Ausbildungsqualität zu unterschreiten?
42. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln, z. B. ABM, sonstige Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, Regionalprogramme, bzw. bei der Übernahme von Garantien, darauf zu achten, daß tatsächlich die geplanten Arbeitsplätze eingerichtet werden, bzw. welche Möglichkeiten sieht sie, in Zukunft stärker als bisher Kontrolle über solche öffentlichen Mittel zu erhalten?
43. Abgeordneter
Egert
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die neuerdings im Handel befindlichen Fieberteststreifen hinsichtlich der Zuverlässigkeit ihrer Aussage zu wünschen übrig lassen, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um dieser gesundheitlich bedenklichen Irreführung des Verbrauchers entgegenzutreten?

44. Abgeordneter
**Wolfgang
Göttingen**
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr der Grundwasserverschmutzung durch Altöl angesichts der steigenden Zahl der Ölverkäufe in Kaufhäusern, Supermärkten und ähnlichen Unternehmen ohne eigene Ölwechseleinrichtung?
45. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, für private Investitionen von einer bestimmten Größenordnung an eine Meldepflicht einzuführen, wie es die schleswig-holsteinische SPD am 10. September 1977 gefordert hat, und geht sie davon aus, daß nur noch wenige Bereiche der Produktion und der privaten Dienstleistungen Wachstum an Arbeitsplätzen aufweisen werden?
46. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Äußerungen der Spitzengremien der deutschen Industrie, wonach sich nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 22. September 1977 deutsche Unternehmen nicht an den von den EG-Außenministern am 20. September 1977 in Brüssel beschlossenen Verhaltenskodex für EG-Firmen in Südafrika halten wollen, und welche Folgerungen zieht sie – sollten die Äußerungen sich bewahrheiten – daraus?
47. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Gibt es für die Bundesregierung Möglichkeiten, deutsche Firmen, die in Südafrika Zweigniederlassungen unterhalten, dennoch zur Einhaltung des Verhaltenskodex zu bewegen, und denkt die Bundesregierung daran, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, ob und wie deutsche Unternehmen der Aufforderung der EG-Außenminister nachgekommen sind und einen jährlichen Bericht über die Anwendung des Kodex vorgelegt haben oder ob sie weiterhin an der Apartheid in ihren Betrieben festhalten und ihren nichtweißen Arbeitnehmern z. B. so grundlegende Rechte wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die freie Wahl von Arbeitnehmervertretungen und das gewerkschaftliche Koalitionsrecht verweigern?
48. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD)
- Treffen neuerliche Berichte zu, wonach bundesdeutsche Unternehmen – zu nennen sind hier vor allem die STEAG in Essen, die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe und die Nürnberger Firma MAN – mit Duldung der Bundesregierung mit der Republik Südafrika auf nukleartechnischem Gebiet nach wie vor zusammenarbeiten und diese Kooperation auch fortgesetzt werden soll?
49. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls zu tun, um den Gefahren für die Glaubwürdigkeit ihrer Politik zu begegnen, die sich daraus ergeben, daß sie einerseits die Republik Südafrika vor der Entwicklung eigener Atomwaffen warnt, andererseits den Export deutscher Nukleartechnologie zur Urananreicherung dorthin duldet, obwohl deren nichtfriedliche Nutzung zu besorgen ist, zumal die Regierung in Pretoria dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten ist und sich lediglich auf die unverbindliche Erklärung beschränkt, ihren Beitritt zu erwägen?

50. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung dem vom BDI angeführten Boykott des von der EG beschlossenen „Verhaltenskodex“ für in Südafrika ansässige deutsche Firmen begegnen, und ist sie bereit, die weitere Gewährung von Hermes-Bürgschaften von der Einhaltung des „Verhaltenskodex“ abhängig zu machen?
51. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung den Investitionsausfall zu beseitigen, den sie allein beim Kraftwerksbau auf 20 bis 25 Milliarden DM beziffert?
52. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Schließt das Waffengesetz die Möglichkeit aus, sich dadurch – ohne die sonst erforderlichen Voraussetzungen – in den Besitz von Schusswaffen zu bringen, daß diese für den Export erworben, an eine Scheinadresse exportiert werden und dann nach der Rücksendung dem Versender frei zur Verfügung stehen, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, die angesprochene Möglichkeit auszuschließen?
53. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Umfang der durch Bürgerinitiativen, Auflagen und Vorschriften aller Art blockierten Investitionsprojekte, und was hat sie im einzelnen unternommen, um mit darauf hinzuwirken, die blockierten Investitionen einer Realisierung zuzuführen?
54. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem neuesten Bundesbankbericht über den Einfluß der durch Genehmigungsverfahren und Bürgerinitiativen gestoppten Investitionsprojekte für ihre Konjunkturpolitik, und warum hat der Bundeswirtschaftsminister erst neuerdings die Bedeutung dieses Themas aufgegriffen?
55. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die wirtschaftspolitische Einschätzung des Bundeswirtschaftsministers für gerechtfertigt, wonach der Inflationsauftrieb und die Häufigkeit von Währungsunruhen in näherer Zukunft zunehmen werden?
56. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit wiedergegebene Auffassung, daß durch das Ausscheiden des jetzigen Bundeswirtschaftsministers die in der Regierungserklärung festgelegten marktwirtschaftlichen Grundsätze der Wirtschaftspolitik künftig nicht mehr durchsetzbar sein werden?
57. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den in der Öffentlichkeit gemachten Vorwürfen ein, daß die Rücktrittserklärung des Bundesministers für Wirtschaft als Resignation auf die Erkenntnis zurückgeführt wird, daß die wirtschaftspolitische Zielprojektion der Bundesregierung nicht mehr erfüllbar sei?
58. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Ursachen für die Ankündigung des Rücktritts des Bundeswirtschaftsministers mit darin begründet, daß entgegen ursprünglicher Prognose der Bundesregierung wieder mit steigender Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß?

59. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Haben die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungsmaßnahmen im Steuerrecht, die nach Meinung des Bundeswirtschaftsministers zu gering sind, um die notwendigen konjunkturanregenden Impulse zu vermitteln, zu der Rücktrittserklärung des Bundeswirtschaftsministers beigetragen?
60. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU) Haben die Widerstände innerhalb der beiden Koalitionsparteien gegen die offizielle Energiepolitik der Bundesregierung, insbesondere zum weiteren Ausbau der Kernkraftenergie, die Beweggründe des Bundeswirtschaftsministers verstärkt, aus dem Kabinett auszuscheiden?
61. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, daß unterschiedliche Auffassungen über die künftige Wirtschafts- und Konjunkturpolitik wesentlich dazu beigetragen haben, daß der Bundeswirtschaftsminister beabsichtigt, in Kürze zurückzutreten?
62. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Erklärung des amtierenden Bundeswirtschaftsministers, daß er die amtliche Zielprojektion für die geltenden Wachstumsannahmen der Bundesregierung von Anfang an für unerfüllbar gehalten habe?
63. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Ist es Unternehmen der Strom- und Gasversorgung gemäß den entsprechenden Bundestarifordnungen verboten, eine automatische Bestabrechnung vorzunehmen, weil in den Tarifordnungen u. a. steht, daß die Versorgungsunternehmungen verpflichtet sind, ihren Kunden unter den öffentlich bekanntgegebenen allgemeinen Tarifen die Wahl des Tarifs zu überlassen, nach dem sie versorgt werden wollen, und wenn nein, ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Versorgungsunternehmungen die automatische Bestabrechnung anwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

64. Abgeordneter
Simpfendorfer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Nachrichten, wonach die britischen Milcherzeuger anstreben, im Vereinigten Königreich bis 1981/82 den Selbstversorgungsgrad bei Molkereiprodukten um fast ein Drittel auf 78 Prozent zu erhöhen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in Brüssel und London ökonomisch sinnvollere Vorschläge zur Entlastung der britischen Devisenbilanz zu machen?
65. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Mitverantwortungsabgabe Milch (Milcherzeugerabgabe) in einigen Ländern der EG, z. B. Italien und Belgien, derzeit nicht eingehoben wird, wenn ja, aus welchen rechtlichen Gründen ist dies zulässig, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, damit alle landwirtschaftlichen Erzeuger gleichgestellt sind?
66. Abgeordneter
Müller (Schweinfurt)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Verlust, der den Landwirten in diesem Jahr durch die besonders hohen Trocknungskosten für Getreide entsteht, durch staatliche Maßnahmen einzuschränken?

67. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, in Brüssel darauf hinzuwirken, daß auf Grund der diesjährigen schlechten Getreidequalität der Interventionspreis für Futtergetreide erhöht wird?
68. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung es entgegen der ursprünglich vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bekundeten Absicht zugelassen, daß ab 5. September 1977 der Währungsausgleich bei Milch und Milchprodukten teilweise gesenkt oder sogar ganz gestrichen worden ist?
69. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung die Senkung oder der Fortfall des Währungsausgleichs bei Milch und Milchprodukten auf die Preisgestaltung dieser Erzeugnisse in der Bundesrepublik Deutschland, und wie ändert sich die Konkurrenzfähigkeit der Milchwirtschaft im In- und Ausland bei den genannten Produkten?
70. Abgeordneter
Bayha
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Änderung des Währungsausgleichs bei Milch und Milchprodukten ein vermehrter Anreiz gegeben ist, Interventionsprodukte Butter und Magermilchpulver herzustellen, und werden die sogenannten Marktprodukte durch die Änderung des Währungsausgleichs diskriminiert?
71. Abgeordneter
Bayha
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat die Änderung des Währungsausgleichs bei Milch und Milchprodukten auf den Auszahlungspreis für Milch an die Milchproduzenten unter Berücksichtigung der verschiedenen in den Molkereien oder Käseereien hergestellten Produkte?
72. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Absicht der EG-Kommission und einiger Mitgliedstaaten der EG, das jetzige System des Währungsausgleichs grundlegend zu ändern?
73. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Probleme bei Magermilchpulver dadurch wesentlich leichter gelöst werden könnten, wenn neben flüssiger Magermilch auch Magermilchpulver in größerem Umfang als bisher auch an andere Tiere als junge Kälber verbilligt verfüttert würde, und wie müßte eine solche Regelung gestaltet sein?
74. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, warum bisher der Sonderabsatz von Magermilchpulver zur Verfütterung an andere Tiere als junge Kälber in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen EG-Mitgliedstaaten einen nur geringen Umfang erreicht hat, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
75. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Problem der Verfütterung von sogenannten „Nullaustauschern“, die in zunehmendem Maße die sogenannten „Milch-austauscher“ mit mindestens 60 % Magermilchanteil in der Kälberaufzucht und Kälbermast verdrängen, und hat die Bundesregierung Lösungsvorschläge anzubieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

76. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Wie viele von den 7 617 Wehrpflichtigen, die im August 1977 unter Berufung auf Artikel 4 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes erklärt haben, daß sie aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, sind zivildienstfähig, wie vielen ist bereits der Einberufungsbescheid zum Zivildienst und zu welchen Dienstantrittsterminen zugestellt worden?
77. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt und welche Haltung nimmt sie dazu ein, daß Gewerbeaufsichtsämter in der Bundesrepublik Deutschland Bußgeldandrohungen an Jugendgruppen, Jugendchöre, Jugendfanfarenzüge und ähnliches aussprechen mit dem Hinweis, daß nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 des Jugendarbeitsschutzgesetzes öffentliche Auftritte im Rahmen ihrer jugendpflegerischen Tätigkeit nur in Ausnahmefällen und mit ausdrücklicher Genehmigung möglich seien, mit der Folge, daß alle musischen Jugendgruppen, die ihrer Wesensart nach auf gelegentliche Auftritte angewiesen sind und hier kulturelle jugendpflegerische Aufgaben erfüllen (§ 5 des Jugendarbeitsschutzgesetzes), Ausnahmegenehmigungen bedürfen?
78. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß diese Auslegung der Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur Folge hat, daß berufstätige junge Menschen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden in der Regel überhaupt nicht in derartigen Jugendgruppen ihre Freizeit verbringen können und demgemäß keine Chancengleichheit gegenüber Schülern und Studenten besteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
79. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Worauf führt die Bundesregierung das Mißverhältnis zurück, das einerseits die Anzahl der planmäßigen Betten in den Krankenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 683 254 und im Jahr 1976 729 791 betrug, demgegenüber jedoch die Bettenausnutzung von 93 v. H. im Jahr 1960 auf 89 v. H. im Jahr 1970 und 83 v. H. im Jahr 1976 gesunken ist, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?
80. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kennt die Bundesregierung die Zahl der krebserzeugenden Arbeitsstoffe, und wie hoch ist die Anzahl der Arbeitnehmer, die an solchen Arbeitsplätzen beschäftigt sind und als Folge dessen an Krebs erkrankt sind?
81. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche gesetzlichen Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Arbeitnehmer vor solchen gefährlichen Arbeitsstoffen zu schützen, und ist sie gegebenenfalls bereit, die von Arbeitsmedizinern diskutierte Möglichkeit der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern an solchen Arbeitsplätzen gesetzlich zu verbieten und unter Strafe zu stellen?

82. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD)
- Welche gesetzgeberischen Maßnahmen will die Bundesregierung im Hinblick auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts – wonach ein gekündigter Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zum Ende des Arbeitsgerichtsverfahrens hat – treffen, um bei Betriebsratswahlen einen möglichen Mißbrauch zu verhindern?
83. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Auf welche Gründe führt die Bundesregierung die deutlichen Überschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 1976 und im 1. Halbjahr 1977 zurück, ehe das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz überhaupt in Kraft trat?
84. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung einiger Ortskrankenkassen, daß Nebenerwerbslandwirte, die auf Grund ihres Haupterwerbs in der Allgemeinen Ortskrankenkasse pflichtversichert sind, beim Verlust ihres Arbeitsplatzes und offiziell als arbeitslos geltend der Landwirtschaftlichen Krankenkasse zugewiesen werden müssen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
85. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Welche Unterlagen sind dem Bericht des Bundesministers für Arbeit vom 31. Mai 1976 an den Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung über die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfes (Drucksache 7/637 vom 25. März 1973) zugrundegelegt worden?
86. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Nach welcher Berechnungsmethode wurde festgestellt, daß die vorgesehene Änderung der genannten Bewertungsvorschriften in den gesetzlichen Rentenversicherungen in den Jahren 1976 bis 1989 zu einem Mehraufwand von 30,6 Milliarden DM führen würde?
87. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Ist es der Bundesregierung bekannt, daß laut Pressemeldung (vgl. Westfälische Rundschau vom 16. September 1977) das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in zunehmendem Maße von „obskuren Firmen“ unterlaufen wird, und mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, diesen für den Arbeitsmarkt bedrohlichen Verstößen entgegenzuwirken?
88. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Schwarzarbeit in der Bundesrepublik Deutschland bzw. deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls zur Einschränkung der Schwarzarbeit ergreifen?
89. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß 40 % der von der Bundesanstalt für Arbeit in Ausführung des Willens des Gesetzgebers verhängten Sperrvermerke von den Sozialgerichten wieder aufgehoben werden, an der in ihrer Antwort vom 1. August 1977 auf meine Anfrage vom 21. Juli 1977 vertretenen Auffassung fest, eine weitere Konkretisierung des Begriffs der Zumutbarkeit im Arbeitsförderungsgesetz sei nicht erforderlich, und was unternimmt die Bundesregierung, um einem weiteren Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung einen Riegel vorzuschieben?

90. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Wie soll die vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit für notwendig erachtete Senkung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer auf 1,5 Milliarden erreicht werden, und welche Zahl entspricht den arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung?
91. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Muß aus der Kritik des Bundeskanzlers bezüglich der Klage der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz nicht der Schluß gezogen werden, daß der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland der Arbeitgeberorganisation das verfassungsmäßig garantierte Recht zumindest indirekt aberkennen will, ein so wichtiges Gesetz durch das höchste deutsche Gericht auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen, und ist dieses Verhalten des Bundeskanzlers möglicherweise Ausdruck der Befürchtung, daß das Bundesverfassungsgericht die Mitbestimmungsregelung als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklären könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

92. Abgeordnete
**Frau
Hürland**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die besondere Problematik der Bildungsmöglichkeit für autistische Kinder bekannt, insbesondere, daß diese Minderheit weder an Sonderschulen noch an sonstigen üblichen Heimschulen für Behinderte die notwendige individuelle Betreuung erfahren können, und wenn ja, was wird sie unternehmen, damit ein notwendiges individuelles Bildungsangebot für diese behinderten Kinder in ausreichendem Maß, eventuell in Verbindung mit freien Trägern, geschaffen wird?
93. Abgeordnete
**Frau
Hürland**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Engpaß in der Bildung autistischer Kinder dadurch zu beseitigen, daß sie den bereits in privater Trägerschaft befindlichen Einrichtungen die notwendige, förderungswürdige Anerkennung verschafft, so daß die durchzuführende Behandlung entsprechend der Kostenübernahme wie bei der Beschulung anderer behinderter Kinder in Sonderschulen geregelt werden kann?
94. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Worauf führt die Bundesregierung die Entwicklung zurück, daß ein Anstieg von Diphtherie von 57 Fällen im Jahr 1970 auf 88 Fälle im Jahr 1976 und Kinderlähmung im gleichen Zeitraum von 15 Fällen auf 40 Fälle zu verzeichnen ist, und welche Maßnahmen hat sie ergriffen, beziehungsweise hält sie für geeignet, um diesem Trend entgegenzuwirken?
95. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Aufträge erteilt, um Richtziele zur Gesundheitserziehung in der Schule zu erarbeiten, und wenn ja, inwieweit sind die Ergebnisse dieser Arbeit umgesetzt?

96. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer von der britischen „Gesellschaft für die Förderung der Wissenschaft“ in Birmingham jetzt veröffentlichten Untersuchung, nach der die Wahrscheinlichkeit, daß männliche Jugendliche im Alter von 13 bis 16 Jahren, die häufig Gewaltdarstellungen auf dem Bildschirm beobachten, selbst an schweren gewaltsamen Ausschreitungen beteiligt sind, um 50 v. H. höher als bei gleichartigen liegt, die weniger häufig dem Eindruck von Gewaltszenen im Fernsehen ausgesetzt sind, und welche Folgerungen gedenkt sie daraus zu ziehen?
97. Abgeordneter
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Berichte bekannt, nach denen nichtärztlichen Psychotherapeuten zur Ermöglichung des eigenständigen therapeutischen Tätigwerdens empfohlen wird, die Prüfung als Heilpraktiker abzulegen, und wie beurteilt die Bundesregierung solche Empfehlungen?
98. Abgeordneter
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten einer Ergänzung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung dahin gehend, daß Backwaren, die bereits einmal tiefgekühlt waren, dann zum Verkauf kommen und für eine zweite Tiefkühlung nicht mehr geeignet sind, gekennzeichnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

99. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Kabinettsbeschuß vom 7. September 1977, der vorsieht, das hintere Kfz-Kennzeichen durch ein Folienschild zu ersetzen, dem Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses I unter Führung des Bundeskriminalamts vom 9. März 1977 (Az S0/5858/74) nicht entspricht?
100. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, die Durchführung dieses Kabinettsbeschlusses von der Überprüfung der Fälschungssicherheit der vorgesehenen Folienlösung abhängig zu machen?
101. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, daß für neue Autoreifen keine amtliche Prüfung eingeführt werden soll, obgleich für eine Vielzahl von Details an Autos strenge Vorschriften bestehen, und entsprechen die in die Bundesrepublik Deutschland importierten Reifen den Sicherheitsanforderungen?
102. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP)
- Welche Gründe gibt die Deutsche Lufthansa dafür an, daß sie nach wie vor die Ausbildung und Einstellung von weiblichen Personen unbeschadet der persönlichen Eignung und Fähigkeit ablehnt?

103. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(FDP) Sieht die Bundesregierung in diesem Verhalten der Deutschen Lufthansa einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau (Artikel 3 des Grundgesetzes), und was gedenkt sie gegebenenfalls zu unternehmen, um die Lufthansa zu einem verfassungskonformen Verhalten zu bewegen?
104. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei der Bundesbahndirektion Essen 4,2 v. H. der zu zählenden Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt sind, hingegen bei der Bundesbahndirektion Stuttgart nur 2,6 v. H., und wenn ja, welche Gründe gibt es dafür?
105. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sind durch die Minderausgaben beim Bundesfernstraßenbau des Landes Nordrhein-Westfalen durch Zurückstellung einiger großer Bauvorhaben zugunsten anderer Straßenbauprojekte Aufstufungen vorgenommen worden, wenn ja, welche, und welche Straßenbaumaßnahmen sind dem Bundesminister für Verkehr ersatzweise als zusätzliche Maßnahmen im zweiten Fünf-Jahres-Plan zur Finanzierung vorgeschlagen worden?
106. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Zu welchem Teil haben die Minderausgaben beim Bundesfernstraßenbau des Landes Nordrhein-Westfalen auf die Notwendigkeit einer strikten Einhaltung der gesetzlichen Regelungen Einfluß ausgeübt, und welche Straßenbauprojekte sind schleppend behandelt worden?
107. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß — wie von der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 2. September 1977 gemeldet — sämtliche in die USA oder nach Japan exportierten Fahrzeuge deutscher Hersteller Platin-Katalysatoren enthalten, die den Abgasen fast völlig die gefährlichen Stoffe Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoffe entziehen, und wenn ja, sollte nach Auffassung der Bundesregierung eine entsprechende Ausrüstung der für den deutschen Markt produzierten Fahrzeuge im Interesse des Umweltschutzes vorgeschrieben werden?
108. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte drei-Wege-Katalysatoren entwickelt wurden, die den Abgasen zusätzlich noch die Stickoxyde entziehen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie aus dieser Entwicklung?
109. Abgeordneter
Wendt
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung, um die unterschiedliche Gestaltung der Tarife im Schienenpersonen- und Busverkehr zu bereinigen?
110. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU) Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Einbau von Sicherheitsgurten für Rücksitze vorzuschreiben, nachdem sie in ihrem sogenannten Maßnahmen-Zeit-Katalog zum Verkehrssicherheitsprogramm 1973 dafür das Jahr 1977 vorgesehen hatte?
111. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die in der EG-Richtlinie über Sicherheitsgurte und Rückhaltesysteme enthaltene Vorschrift zur Einführung von Beckengurten auf Rücksitzen für veraltet hält?

112. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß untermotorisierte Fahrzeuge mit Anhänger (vor allem Lkw) auf der Bundesautobahn an Steigungen ohne Kriechspur aber mit Überholverbot, vor allem in der Urlaubszeit, große Stauungen verursachen, und was will sie unternehmen, um einen normalen Verkehrsfluß zu erreichen?
113. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, ob und in welchem Ausmaß Sendungen von RIAS Berlin vor und nach der KSZE-Schlußakte von Helsinki gestört wurden?
114. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Haben die Störungen der Deutschen Welle durch Störsender des Ostblocks seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki abgenommen, zugenommen oder sind sie unverändert stark geblieben?
115. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß von den 18 Oberpostdirektionen — einschließlich der Landespostdirektion Berlin — vier (Düsseldorf, Koblenz, Nürnberg, Regensburg) die zu besetzenden Pflichtplätze für Schwerbehinderte besetzt haben und die übrigen Oberpostdirektionen nicht, so daß alleine in diesem Bereich 6 193 Schwerbehindertenplätze nicht besetzt sind, und was denkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um im Interesse der Schwerbehinderten zu einer besseren Besetzung der Pflichtplätze zu kommen?
116. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Auf Grund welcher Legitimation kann der Bundespostminister ohne Anhörung des Postverwaltungsrates und ohne Information des Parlament die Versuche in den sechs Nahbereichen als aogelauten erklären (Deutschlandfunk), Aufträge für die Zeittakttechnik in Höhe von 1,6 Milliarden DM vergeben und ab 1. Januar 1978 beginnend im ganzen Bundesgebiet den Zeittakt einführen, obwohl die Versuche, ab 15. März 1977 begonnene, ein Jahr dauern sollen?
117. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) Wie ist die Erklärung des Bundespostministers im Deutschlandfunk vom 15. September 1977 zu verstehen, er habe sich anlässlich der konjunkturpolitischen Beratungen bereits jetzt schon zu den Bestellungen für die Zeittakteinrichtungen bereit erklärt, wenn er politisch abgesichert werde, und durch wen wurde der Bundespostminister gegebenenfalls abgesichert?
118. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Deutschen Bundespost bei der Einführung der Nahbereiche im ganzen Bundesgebiet nach vorläufigen Berechnungen bei einem 8-Minuten-Zeittakt Gebührenauffälle von 532 Millionen DM jährlich entstehen, während diese Auffälle bei Verzicht auf den Zeittakt um nur 50 Millionen DM jährlich höher liegen, d. h. dann insgesamt 582 Millionen DM betragen?
119. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Bei welchen Unternehmen glaubt der Bundespostminister durch die Einführung eines Zeittaktes rund 5 000 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu schaffen zu können, und wäre dies nicht ebenso und sogar zukunftssträchtiger mit Hilfe dringender notwendiger Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen möglich, als 1,6 Milliarden DM für eine Reglementierung der Ortsgespräche auszugeben?

120. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch
Gmünd)
(CDU/CSU)
- Ist die „Post von der Post“ Wurfsendung, die in diesen Tagen alle Haushaltungen erreichte und die mit „Halbzeit beim Nahdienst – Probetrieb“ aufmacht, nicht eine Irreführung der Telefonkunden, wenn dort erklärt wird, „die Versuche werden noch für ein halbes Jahr fortgeführt“?
121. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch
Gmünd)
(CDU/CSU)
- Wie war der repräsentative Querschnitt der Befragten und wie lautet die Fragestellung in der Umfrage des Bundespostministers, aus der er glaubt ableiten zu können, die Einführung des 8-Minuten-Zeittaktes für Ortsgespräche sei im ganzen Bundesgebiet nahezu unumstritten?
122. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Wenn der Bundespostminister behauptet, durch Aufstockung der Investitionen um 670 Millionen DM oder 11 % könnten 5 000 Arbeitsplätze gesichert werden, berücksichtigt er dabei auch, daß die Investitionen in Fernmeldeanlagen trotz zunehmender Überschüsse im Fernmeldebereich seit 1973 bis einschließlich 1977 real wie nominal rückläufig waren und daß z. B. in diesem Jahr, trotz eines Überschusses von 4 bis 5 Milliarden DM im Fernmeldebereich, dort die Investitionen um rund 1,5 Milliarden DM niedriger liegen als beispielsweise 1973?
123. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Warum führt der Bundespostminister nicht nur für die Firmen einen Zeittakt ein, die mit der Datenübertragung die Fernmeldeleitungen blockieren und mit deren Verhalten er in seiner „Post von der Post“ Wurfsendung die Einführung des Zeittaktes begründet, und verschont damit die Allgemeinheit der Telefonbesitzer von diesem Eingriff?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

124. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung aus dem Anlaufen des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms im Regionalprogramm, das in erster Linie auf den Mietwohnungsbau in Stadtregionen abzielt, übersehen, ob das Programm voll mit dieser Zielrichtung am Markt aufgenommen werden wird, und wie beurteilt die Bundesregierung gegenwärtig überhaupt die Entwicklungsaussichten sowohl im öffentlich geförderten wie im freifinanzierten Mietwohnungsbau?
125. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung der § 3 der Schallschutzverordnung vom 5. April 1974 auszulegen, müssen alle einzelnen Bauteile, die Aufenthaltsräume unmittelbar nach außen abschließen, ein bewertetes Bauschalldämm-Maß von 50 dB einhalten oder müssen dieses Maß alle Bauteile zusammen erreichen?
126. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung Aufwendungen für die Erstellung der Antragsunterlagen einschließlich der Beschaffung von Prüfzeugnissen durch Architekten, Gutachter oder Sachverständige unmittelbare und notwendige Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen im Sinne des Fluglärmsgesetzes und der Schallschutzverordnung und damit erstattungsfähig im Sinne des § 9 des Fluglärmsgesetzes?

127. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Warum verlangen öffentliche Auftraggeber im Verantwortungsbereich des Bundes bei Auftragsvergaben auf dem Bausektor Bürgschaften, die die Gewährleistungsfrist des BGB von fünf Jahren zugrundelegen und die Sondervorschrift des § 13 IV VOB, die eine Gewährleistungszeit von nur zwei Jahren vorsieht, außer Acht lassen?
128. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bund für deutsche Firmen, vor allem große Baufirmen, bei der Stellung von Bieter- bzw. Leistungsgarantien im Rahmen von Auslandsgeschäften Bürgschaften übernommen hat?
129. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung an ihrer in der Antwort des Staatssekretärs Dr. Abreß vom 7. Juli 1975 (Drucksache 7/3860, Frage 58) auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jahn (Münster) vertretenen Auffassung fest, die Prinzipien einer einkommensabhängigen Wohnwertmiete widersprechen nicht den wohnungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung?
130. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß — wie die nordrhein-westfälische Architektenkammer in ihrem sogenannten Grünbuch erklärt — die Baugesetzgebung des Bundes eklatante Unsinnigkeiten enthält, und wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, unabhängige Sachverständige einzusetzen, die umgehend den Paragraphenschwengel durchforsten und sinnvoll lichten sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

131. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu (Welt vom 20. September 1977), wonach die 1975 bei einem Verwandtenbesuch in Jena festgenommene und wegen angeblicher Spionage zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Frau Hyoon-Ya Franke, die im Zuchthaus Bautzen II in der Frauenstation gefangen gehalten wird, infolge Magengeschwüren und durch sie hervorgerufene schwere innere Blutungen in Lebensfahr schwebt, und daß ihre Verlegung in das Gefängnis Krankenhaus gleichwohl abgelehnt worden ist, und was hat die Bundesregierung bejahendenfalls bisher unternommen, um Frau Franke zu helfen?
132. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die demnächst beginnenden Folgegespräche über die KSZE-Schlußakte in Belgrad die erst kürzlich wieder bekanntgewordenen Bestrebungen der DDR-Behörden, die Lehrer dazu anzuhalten, der Jugend „ein richtiges Feindbild zu vermitteln“ und „die Unversöhnlichkeit der beiden Gesellschaftssysteme allen Schülern noch stärker zu erläutern“ sowie den „sozialistischen Patriotismus im Bewußtsein der Jugendlichen zu vertiefen“, was auf eine unveränderte Fortsetzung der Haß-Erziehungskampagne der DDR-Schulbehörden trotz der Vereinbarungen von Helsinki schließen läßt?

133. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei ihren gegenwärtigen Verhandlungen mit der DDR auch die Schließung der Lücke der Autobahn Bad Hersfeld–Eisenach im Zonengrenzbereich zur Sprache bringen, und wenn ja, welche Zielvorstellungen hat dabei die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

134. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird sich nach Inbetriebnahme eines Reaktors vom Typ des Schnellen Brütters langfristig die Menge an Plutonium erhöhen, die gelagert und bearbeitet werden muß, und wie verhält sich diese Menge zur gegenwärtig im Rahmen der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelagerten Menge an Plutonium?
135. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesforschungsminister bereit, sich von den ihm in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 13. September zugeschriebenen Äußerungen öffentlich zu distanzieren, wonach die Entscheidung über den Standort der Firma Uranit beim Bundeskanzler liege, er – der Bundesforschungsminister – aber die Konsequenzen ziehen werde, wenn sie nicht in seinem Sinne ausfalle, oder treffen diese Äußerungen nicht zu?
136. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesforschungsminister bereit, sich von den ihm in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 13. September zugeschriebenen Äußerungen öffentlich zu distanzieren, wonach er nicht bereit sei, 300 Millionen DM Steuergelder für das Unternehmen auszugeben, wenn dieses sich nicht in Gronau sondern in Niedersachsen ansiedele, oder treffen diese Äußerungen nicht zu?
137. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesforschungsminister geäußert, die Firma Uranit habe sich ursprünglich für Gronau entschieden und erst nach dem Regierungswechsel in Hannover „überraschend“ den Standort Lingen entdeckt, und wenn ja, was meint er mit seiner Äußerung?
138. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesforschungsminister die in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 13. September wörtlich zitierte Äußerung im Hinblick auf die Energieversorgungsunternehmen getan, „Die belügen uns von hinten bis vorne“?
139. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Konditionen bekannt, zu denen die deutschen Energieversorgungsunternehmen ihre abgebrannten Brennstäbe aus Kernkraftwerken in Frankreich wiederaufarbeiten lassen wollen, kann die Bundesregierung die in der Presse dazu genannten Zahlen bestätigen, und ist ihr bekannt, um wieviel der Strom aus hiesigen Kernkraftwerken dadurch teurer wird?

140. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die deutsch-französischen Wiederaufarbeitungsverträge für eine akzeptable Lösung des Entsorgungsproblems, oder teilt sie die Befürchtungen, daß die dadurch bedingte Abhängigkeit zu Monopolpreisen bei den Kosten der Wiederaufarbeitung führt, und hält sie daher Initiativen für raschere Entscheidungen beim deutschen Entsorgungszentrum für notwendig, damit die Hinhaltetaktik der niedersächsischen Landesregierung aufgebrochen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

141. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Mehrheit der Teilnehmer an der Weltwirtschaftskonferenz in Nairobi die israelische Delegation nicht hat zu Wort kommen lassen, obwohl Israel unbestritten die größten Erfahrungen in diesem Problem-bereich hat, und was hat die Delegation der Bundesrepublik Deutschland als Konferenzteilnehmer unternommen, um Israel die Einbringung seiner Vorschläge zur Eindämmung der Wüsten zu ermöglichen?
142. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß die Genehmigung von Ausreiseträgen von Spätaussiedlern in den Herkunftsländern davon abhängig gemacht werden, daß die Spätaussiedler sich verpflichten, nachrichtendienstliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben?
143. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welches Ergebnis hatten die jüngsten deutsch-tschechoslowakischen Gespräche im Hinblick auf die Aussiedlung Deutscher?
144. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hat der Vertreter der deutschen Botschaft in Botswana auf Grund seiner Beobachtungen bei dem Besuch des Bundestagsabgeordneten Dr. Todenhöfer im Lager Selebi Pikwe im August d. J. die Aussage des Abgeordneten bestätigt, daß das Lager zur Rekrutierung von Mitgliedern für die prokommunistische Guerillaorganisation „Patriotische Front“ mißbraucht werde, und hält die Bundesregierung hiernach noch immer eine Förderung dieses Lagers im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe für vertretbar?
145. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf zunehmende Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis, die auch durch innerbundesrepublikanische Ereignisse bzw. Wettbewerbe verursacht werden, namentlich durch den sogenannten „Schlesien-Wettbewerb“ der niedersächsischen Landesregierung, der u. a. von einem niedersächsischen Regierungsmitglied öffentlich (in einem Rundfunk-Interview) damit „gerechtfertigt“ wurde, daß „Schlesien eine deutsche Provinz ist“?
146. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mit der niedersächsischen Landesregierung wegen der Auswirkungen des angeführten Wettbewerbs Kontakt aufgenommen, oder wird sie dies in nächster Zeit tun, und wenn ja, mit welchem Ziel?

147. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach in einem Bericht des Auswärtigen Amtes die indirekte Unterstützung von sogenannten Befreiungsorganisationen in Afrika, die auch Guerillatätigkeit ausüben, durch die Bundesregierung nachgewiesen wurde, und wie vereinbart sich dies gegebenenfalls mit den bisherigen Beteuerungen, daß solche Organisationen wie SWAPO und ZAPU von Bonn nicht unterstützt würden?
148. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung gegenüber der UdSSR und Volksrepublik Polen unter Berufung auf die beiden Menschenrechtspakte bei den bekannten schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte gegenüber Deutschen die verletzten Menschenrechte, z. B. das Menschenrecht der Freizügigkeit (Artikel 12 Abs. 1 und 2 des Menschenrechtspaktes über bürgerliche und politische Rechte) im Sinne der Ausführungen von Frau Staatsminister Hamm-Brücher im Bundestag am 8. September 1977 (Plenarprotokoll 8/39 S. 3033 und 3034) eingefordert und bejahendenfalls in welchen Fällen bzw. Fallgruppen?
149. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird der Bundeskanzler beim Besuch des Generalsekretärs der KPdSU im November dieses Jahres die Frage der Erfüllung der menschenrechtlichen Verpflichtungen in bezug auf die Deutschen in der UdSSR ansprechen?
150. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen der KPI-Zeitung „Unita“ zu, daß der wissenschaftliche Mitarbeiter des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Dr. Heinz Timmermann, beim Festival der „Unita“ in Modena an einer Podiumsdiskussion mit anderen Sozialisten und Kommunisten teilgenommen hat und dort die Bedeutung der Neuorientierung der eurokommunistischen Parteien, ihren Beitrag zur Entspannung in Europa sowie ihre Beteiligung an der Entwicklung der Demokratie in Europa hervorgehoben hat?
151. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme von Herrn Dr. Timmermann an dem Podium als Vertreter einer politischen Partei sowie seine Äußerungen angesichts der dienstrechtlichen Pflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
War der Bundesregierung die Absicht des Generalsekretär der Vereinten Nationen, Waldheim, bekannt, dem Generalsekretär der KPdSU und Staatsoberhaupt der Sowjetunion, L. Breschnew, die Friedensmedaille der Vereinten Nationen in Gold zu überreichen, und wenn ja, wie hat sie sich zu dieser Absicht eingelassen?
2. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
Wenn nein, wie beurteilt sie diese Maßnahme, und wie gedenkt sie auf sie zu reagieren?
3. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, im Bundeshaushalt künftig jährlich 2 Millionen DM etwa fünf Jahre lang zur Verfügung zu stellen, um mit diesem Betrag wertvolle alte Kirchen und ähnliche nationale Kulturdenkmäler in Bolivien zu restaurieren, und wie schätzt die Bundesregierung den werbenden Effekt einer solchen unter Aufsicht deutscher Restauratoren durchzuführenden Maßnahme ein?
4. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
Wie grenzt die Bundesregierung Guerillakämpfer im Sinne des Artikels 42 des I. Zusatzprotokolls zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949, durch den die bisher geltenden Regeln über den Kombattantenstatus von Guerillakämpfern weiterentwickelt werden (vgl. Drucksache 8/357, Frage B 1), von Stadt-Guerillas ab, für die diese Regelung nicht gelten soll, und glaubt die Bundesregierung, daß die Unterscheidung zwischen internationalen und nichtinternationalen Konflikten exakt zu treffen ist?
5. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
Treffen Meldungen zu, die besagen, daß die sogenannte „Anti-Apartheids-Bewegung in Westdeutschland“, bei der u. a. folgende Organisationen mitarbeiten: Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Friedensunion, Deutsche Jungdemokraten, DKP, Spartakus, Sozialdemokratischer Hochschulbund, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Verband Deutscher Studentenschaften usw., genaue wörtliche Zitate aus einer Sitzung des Bundeskabinetts vom 21. Juni 1977 in einem Rundschreiben vom 21. Juni 1977 publiziert haben und außerdem minutiös den Ablauf des Besuchs des südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster kannten, und wenn ja, weiß die Bundesregierung, wie die o. a. Organisation in den Besitz dieser Quellen gekommen ist, und gedenkt sie gegebenenfalls Schritte zu unternehmen, die künftig solche Indiskretionen unmöglich machen?

6. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Einbeziehung von Berlin (West) in die Europäischen Gemeinschaften zu der in Abschnitt 1 Ziff. 4 des Viermächteabkommens über Berlin umschriebenen Lage gehört, „die sich in diesem Gebiet entwickelt hat“ und die „nicht einseitig verändert wird“, und daß somit die Angriffe in der sowjetischen und sonstigen Ostblock-Publizistik gegen die Beteiligung von Berlin (West) an den Wahlen zum Europäischen Parlament einen Verstoß gegen das Viermächteabkommen darstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die an Heimkehrer aus den Ostblockstaaten nach dem Häftlingshilfegesetz zuerkannten Entschädigungen häufig nur mit erheblicher Verzögerung an die Betroffenen ausbezahlt werden können, weil die örtlichen Vertriebenenämter entsprechende Mittelzuweisungen beim Regierungspräsidenten jeweils nur vierteljährlich beantragen können und eine Mittelbereitstellung dann erst im folgenden Quartal erfolgt, so daß sich hieraus Wartezeiten bis zu sechs Monaten ergeben, und ist die Bundesregierung im Interesse der Anspruchsberechtigten bereit, in geeigneter Weise auf eine beschleunigte Auszahlung der zuerkannten Entschädigungen hinzuwirken?
8. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesinnenministerium bei der Rauchgasentschwefelung einen Grenzwert von 1,25 kg SO₂/MWh fordert, und auf Grund welcher Erfahrungen werden die dazu erforderlichen Maßnahmen als „Stand der Technik“ bezeichnet?
9. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, welche (für eine praktisch 100 %ige Entschwefelung der Abgase mit einem Wirkungsgrad von 80 %) Menge Kohle mit einem 1 %igen Schwefelgehalt für die gegenwärtige und künftige Verstromung erforderlich ist, und aus welchen Gründen ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Mengen ohne Importe zur Verfügung stehen bzw. stehen werden?
10. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Hält die Bundesregierung es wirklich für möglich, daß sie zum Jahresende eine fundierte Aussage über die Güte der Entschädigungsregelung der §§ 41 ff. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und darüber machen kann, ob es sich empfiehlt, eine Entschädigungsregelung auf das Fluglärmgesetz zu übertragen, oder ist es nicht so, daß mangels konkretisierender Vorschriften noch keine praktischen Erfahrungen mit der Entschädigungsregelung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Straßenschallschutz vorliegen?
11. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Kommt für die Bundesregierung die Entschädigungsregelung der §§ 41 ff. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Vorbild für das Fluglärmgesetz überhaupt noch in Frage, nachdem, wie ich erfahren habe, die Bundesregierung die Absicht haben soll, diese Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes entweder grundlegend zu ändern oder ganz aus dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu streichen?

12. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Entscheidung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 29. April 1977 nach Ansicht der Bundesregierung geeignet, den Grundgedanken des Artikels 16 Abs. 2 des Grundgesetzes (Recht auf Asyl für politisch Verfolgte) zu unterlaufen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
13. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie hoch ist die Quote für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam und Chile verteilt nach Bundesländern, und wie stellt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Ausschöpfung dieser Quoten für Vietnamesen und Chilenen dar?
14. Abgeordneter
Jung
(SPD) Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß Beamten, für die wegen der Besonderheit ihres Dienstes sowohl besondere Erholungszeiten als auch besondere Zulagen und vorgezogene Regelpensionierung vorgeschrieben werden, gewerbliche Nebentätigkeiten nicht genehmigt werden können, und wenn ja, wird sie entgegen dieser Auffassung eventuell erteilte Genehmigungen in ihrem Verantwortungsbereich rückgängig machen?
15. Abgeordneter
Jung
(FDP) Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß dienstliche Leistungen generell als beeinträchtigt zu gelten haben, wenn genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten überwiegend in den Zeiträumen verrichtet werden, die vorrangig der Regeneration, dem Stressausgleich dienen, und wenn ja, wird sie dieser Auffassung in ihrem Verantwortungsbereich Geltung verschaffen?
16. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, das bisher für die Unterkunft des THW-Ortsverbandes Betzdorf angemietete Gelände käuflich zu erwerben, damit endlich eine Dauerlösung geschaffen wird?
17. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Ortsverbände der Bundesanstalt THW mit Funkgeräten so auszustatten, daß sie von den Verantwortlichen für den Katastrophenschutz in den Kreisverwaltungen ebenso unmittelbar wie die Löschzüge der Feuerwehr und die Einsatzgruppen des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen erreicht werden können?
18. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Ziviler Bevölkerungsschutz sowohl bei der Beschaffung von Preßluftatemschutzgeräten wie auch bei der nachfolgenden Instandhaltung, Prüfung, Reparatur und Generalüberholung der vorhandenen Geräte von den drei am Markt befindlichen Herstellern ohne öffentliche Ausschreibung lediglich die am Markt befindlichen Großbetriebe berücksichtigt haben, während der einzige mittelständische Industriebetrieb trotz der Richtlinien der Bundesregierung zur angemessenen Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (1. Juni 1976 I B 3/262360/3) nicht berücksichtigt worden ist?
19. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, die entsprechenden Dienstleistungen in Zukunft öffentlich auszuschreiben oder in staatlichen Regiebetrieben, wie sie im Rahmen des Zivilen Bevölkerungsschutzes bereits bestehen, durchzuführen?

20. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß immer häufiger dadurch in die Privatsphäre natürlicher Personen eingegriffen wird, daß man von ihnen detaillierte Angaben über ihre finanzielle Situation (z. B. bei der Stellung von BAföG-Anträgen oder von Kreditanträgen) fordert?
21. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Wird die Bundesregierung zulassen, daß sich diese Entwicklung auch bei juristischen Personen fortsetzt?
22. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Welche Lehren hat die Bundesregierung aus der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im Blick auf eine Verbesserung der technischen Ausstattung bzw. ein neues Konzept für den Einsatz der Bundesanstalt THW gezogen?
23. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit hat die Bundesregierung die Absicht, die Bundesanstalt THW auf der Ebene der Ortsverbände, insbesondere im Blick auf die wachsenden Anforderungen bei Einsätzen in Katastrophengebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland technisch auf den neuesten Stand zu bringen, soweit sich dies auf Fahrzeuge und technische Einrichtungen bezieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

24. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP) Wieviel Firmenkonkurse, nach Branchen aufgeschlüsselt, waren im Jahr 1976 zu verzeichnen?
25. Abgeordnete
Frau
Schuchardt
(FDP) Wieviel Firmenneugründungen, ebenfalls nach Branchen aufgeschlüsselt, stehen dieser Zahl gegenüber?
26. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wieweit sind die Überlegungen der Bundesregierung über ein neu zu schaffendes Umweltschutzstrafrecht gediehen, und bis wann ist mit der Vorlage entsprechender Gesetzentwürfe zu rechnen?
27. Abgeordneter
Männing
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte vor zu den „Allgemeinen Reisebedingungen für Pauschalreisen“ des Deutschen Reisebüro-Verbandes vom 7. Oktober 1976, wie sie zur Urlaubssaison 1977 vorgelegt worden sind, und wenn ja, kann die Bundesregierung danach beurteilen, in welchem Umfang diese „Allgemeinen Reisebedingungen“ den Zweck erfüllen, den die Bundesregierung durch Vorlage ihres „Entwurfs eines Gesetzes über den Reiseveranstaltungsvertrag“ (Drucksache 8/786) verfolgt?
28. Abgeordneter
Männing
(SPD) Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen zur Höhe von Entschädigungen für „nutzlos aufgewendete Urlaubstage“, wie sie in § 18 Abs. 2 des Entwurfs eines Gesetzes über den Reiseveranstaltungsvertrag vorgesehen sind, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß dem Verbraucher mehr gedient wäre, wenn in eben diesem Entwurf in § 14 Abs. 2 kein bestimmter Vohundertsatz genannt wird, sondern generell 5 v. H. durch den Gesetzgeber vorgeschrieben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Auslegung, daß der im Einkommensteuerrecht und im Wohnungsbauprämienengesetz verwendete Begriff der „völligen Erwerbsunfähigkeit“ eine Erwerbsunfähigkeit von mindestens 90 v. H. meint, während dieser Begriff im Recht der Rentenversicherung nicht vorkommt?
30. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Erwerbsunfähige, die die Absicht haben, einen Wohnungsbauprämien-Sparvertrag für sich prämienschädlich zu kündigen, ausreichend und rechtzeitig darüber zu unterrichten, daß die Voraussetzung der „völligen Erwerbsunfähigkeit“ erst bei über 90 prozentiger Erwerbsunfähigkeit erfüllt ist?
31. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die geltenden Rechtsvorschriften, die die steuerliche Behandlung der sogenannten Ablösesummen im Bereich des Berufs- und Amateursports regeln, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, eine Änderung der bisherigen steuerlichen Behandlung der sogenannten Ablösesummen anzustreben und dabei weiterhin zwischen gemeinnützigkeitsschädlichen und gemeinnützigkeitsunschädlichen Zahlungen zu unterscheiden?
32. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wann wird der Teil des britischen Munitionsdepots in Brüggen, Kreis Viersen, der dringend für den Tonabbau gebraucht wird, dafür freigegeben, insbesondere nachdem der britische Parlamentarische Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Robert Brown, in einem Brief der britischen Unterhauskollegin Lynda Chalker mitgeteilt hat, daß die britische Regierung mit einer Freigabe dieses Teils des Munitionsdepots einverstanden ist, wenn ihr dadurch keine Kosten entstehen?
33. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, daß die „Gleichlautenden Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder zur Neuorganisation der Finanzämter und Neuordnung des Besteuerungsverfahrens“ (GNOFÄ) vom 16. Februar 1976, Bundessteuerblatt 1976 I S. 88, mit dem geltenden formellen Steuerverfahrensrecht in vollem Umfang zu vereinbaren sind?
34. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Steht nach Ansicht der Bundesregierung insbesondere die GNOFÄ mit den höherrangigen Rechtsgrundsätzen der §§ 88 bis 89 AO 1977 in Einklang, die bei der Durchführung des einzelnen Steuerfalls eindeutig auf die „Umstände des Einzelfalls“ abstellen, und zwar u. a. als Ausfluß des sogenannten Untersuchungsgrundsatzes?
35. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die monatliche Bierausstoß-Statistik unter Berücksichtigung der Tatsache beizubehalten, daß es sich dabei lediglich um ein „Abfallprodukt“ der für die Erfassung der insgesamt 1,4 Milliarden DM Biersteuereinnahmen handelt und die monatliche Bierausstoß-Statistik besonders den mittelständischen Brauereien, die über keine eigene Marktforschungsabteilung verfügen, zuverlässige und unverzichtbare, zeitnahe Marktinformation liefert?

36. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Landeshauptstadt München im Zusammenhang mit dem vom Stadtrat beschlossenen Familienprogramm an die Bundesregierung herangetreten, um bundeseigene Grundstücke für diesen Zweck nach dem Grundstückverbilligungsgesetz zu erhalten, und wenn ja, wie verhält sich die Bundesregierung gegenüber diesem Wunsch?
37. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Sind die im Rahmen der beabsichtigten Novellierung des Bundesrechnungshofgesetzes noch zu klärenden Fragen (Hinweis auf Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Anfrage des Kollegen Dr. Althammer vom 22. Juli 1975) zwischenzeitlich gelöst, und beabsichtigt die Bundesregierung, demnächst einen Entwurf einer Neufassung des Bundesrechnungshofgesetzes zu verabschieden?
38. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß auf Grund von Einsparungsmaßnahmen die Bundesregierung beschlossen hat, die bislang monatlich automatisch anfallenden Zahlen aus der Biersteuerstatistik in Zukunft nur noch vierteljährlich zu veröffentlichen, wie hoch sind diese Einsparungen gegebenenfalls, und ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß die nunmehr nur noch vierteljährlich veröffentlichte Biersteuerstatistik insbesondere bei den mittelständischen Betrieben zu großen Informationslücken führen müssen?
39. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) Auf welchen Betrag beliefen sich jeweils die privaten und die öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973, 1974, 1975 und 1976, und welchen Betrag werden sie voraussichtlich in diesem Jahr ausmachen?
40. Abgeordneter
Zeyer
(CDU/CSU) Wie hoch war der Anteil der Investitionsausgaben am Gesamtausgabenvolumen des Bundes in den Jahren 1973, 1974, 1975 und 1976, und wie hoch wird er nach der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 1977, 1978, 1979 und 1980 sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus osteuropäischen Ländern Werkzeug in die Bundesrepublik Deutschland importiert wird, das zu nicht kostendeckenden Preisen verkauft wird, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit zu prüfen, ob dabei der Tatbestand des Dumpings erfüllt wird?
42. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Ist der Bundesregierung die wissenschaftliche Untersuchung von P. Peschel und I. Scheibe-Lange bekannt (WSI-Mitteilungen 5/77), wonach mehr als 90 v. H. der Personaleinsparungen im Einzelhandel auf betriebsinterne Rationalisierung zurückgingen, kann sie gegebenenfalls diese Ergebnisse bestätigen, und welche Schlußfolgerungen will sie daraus gegenüber den protektionistischen Forderungen des Einzelhandelsverbands ziehen?
43. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Zu welchem Ergebnis hat die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage — Drucksache 8/476 — betreffend Möglichkeiten der Unterstützung mittelständischer Betriebe bei Exportgeschäften — Drucksache 8/578 — zugesagte Prüfung geführt?

44. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Kapazitätsreduzierungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie ausschließlich oder vornehmlich im Bereich von VFW Fokker durchzuführen?
45. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für die gesamte Luft- und Raumfahrtindustrie ein Konzept vorzulegen, daß Betriebsschließungen grundsätzlich vermeidet und notwendige Personalreduzierungen nur regional ausgewogen und sozial vertretbar durchführt?
46. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die von der IG-Metall und vom Gesamtbetriebsrat VFW-Fokker Bremen erhobene Forderung auf Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, und wird sie in diesem Zusammenhang initiativ werden?
47. Abgeordneter
Roth
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesverband der Deutschen Industrie den Bundeswirtschaftsminister gebeten hat, dafür Sorge zu tragen, „wieder rascher im Sinne der Industrie für Ausfuhrbürgschaften nach Süd-Afrika zu entscheiden“, und wenn ja, wie reagiert der Bundeswirtschaftsminister auf die Bitte?
48. Abgeordneter
Roth
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie in Briefen an den Bundesaußenminister und den Bundeswirtschaftsminister die Bundesregierung aufgefordert hat, die von ihr und der EG-Kommission empfohlene Nichtbeachtung der Rassentrennung in Süd-Afrika zurückzunehmen, um „nicht den Eindruck zu erwecken, die Bundesregierung fordere zur Missachtung gesetzlicher Vorschriften in anderen Ländern auf“, und wenn ja, welche Haltung nimmt die Bundesregierung dazu ein?
49. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) In welchem Umfange wird die Investitionstätigkeit der mittelständischen Wirtschaft durch Auflagen des Staates in zunehmendem Umfange beeinträchtigt, und wie beurteilt in diesem Zusammenhang die Bundesregierung die Situation in den Gießereien?
50. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg von steuerlichen Zulagen, wie z. B. für Wärmepumpen und Solartechnik, wenn gleichzeitig der Gesetzgeber durch Bauvorschriften und sonstige Vorschriften die Einführung dieser Techniken behindert, und was gedenkt sie zu unternehmen, um die Investitionstätigkeit in diesem Bereich zu beleben?
51. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Strukturpolitik für ein Hindernis zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wie der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Dr. Riemer auf einer Pressekonferenz am 14. September in Düsseldorf?

52. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur auch für ein Instrument rechtlich gesicherter Unbeweglichkeit zur Besitzstandwahrung, und trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß dadurch in Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt liegt, Förderungsmittel fließen und Regionen mit Rekordziffern an Arbeitslosen kein Geld bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

53. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in der landwirtschaftlichen Wohnhausförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ die Differenzierungen zwischen Haupterwerbsbetrieben und Nebenerwerbsbetrieben wegfallen zu lassen?
54. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Anregung, alle Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung in der Förderung des landwirtschaftlichen Wohnungsbaus, An-, Aus- und Umbau sowie Aufstockung und alle arbeitswirtschaftlichen Investitionen zusammenzufassen und bei einem förderungsfähigen Investitionsvolumen von wenigstens 6 000 DM bis höchstens 30 000 DM einen Zuschuß von 23 v. H. zu gewähren und zwar an alle Haupterwerbs- und GAL-Nebenerwerbslandwirte?
55. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Anregung, allen Haupterwerbslandwirten für größere Investitionen, nämlich für den Kauf und Neubau, An-, Aus- und Umbau sowie Aufstockung und für arbeitswirtschaftliche Investitionen für ein förderungsfähiges Investitionsvolumen von über 30 000 DM bis 80 000 DM eine Zinsverbilligung von 5 v. H. zu gewähren?
56. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Geschäftsführers des Fränkischen Weinbauverbandes, daß sie nach § 17 Weinverordnung den Vertrieb ausländischer Bocksbeutelabfüllungen im Inland unterbinden muß, wenn ja, was ist in den letzten Jahren seitens der Bundesregierung unternommen worden um zu gewährleisten, daß in der typischen Bocksbeutelflasche ausschließlich Frankenweine zum Verkauf gelangen?
57. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen bzw. bei der EG Verordnungen zum Schutze der ausschließlichen Verwendung der Bocksbeutelflasche für den Frankenwein durchzusetzen, um einen Mißbrauch dieser Flaschenform durch derzeitige und künftige EG-Mitgliedstaaten dauerhaft zu verhindern?
58. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, ob ihrer Ansicht nach die jetzige Beihilfenregelung bei der Verfütterung flüssiger Magermilch geeignet ist, einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des Absatzes von Magermilch zu leisten?

59. Abgeordneter
Dr. Ritz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß die jetzige Beihilfenregelung für die Verfütterung von flüssiger Magermilch in der praktischen Durchführung zu arbeitsaufwendig und zu kompliziert ist, und wie kann eine einfachere und sachdienlichere Regelung herbeigeführt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

60. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um angesichts der schwerwiegenden Probleme auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter effizienter und flexibler zu gestalten?
61. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Treffen die teilweise in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegenüber den Arbeitsämtern zu, sie könnten häufig keine Arbeits- und Ausbildungsstellensuchende vermitteln, während sich auf eine Zeitungsanzeige genügend Nachfrager meldeten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
62. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Zuständigkeitsbereich des Bundesbeauftragten für den Zivildienst ein „Betreuungsverband für den Zivildienst e. V.“ gebildet werden soll, dem nur natürliche Personen angehören sollen, die entweder Vorgesetzte im Sinn von § 30 des Zivildienstgesetzes oder hauptberuflich mit der Durchführung oder Aufsicht des Zivildienstes beschäftigt sind und dessen Aufgabe es sein soll, dem Bundesamt für Zivildienst obliegende Verwaltungsaufgaben zu übernehmen, und hält es die Bundesregierung für zulässig und haushaltsrechtlich vertretbar, dem Bundesamt für Zivildienst obliegende Verwaltungsaufgaben des Bundes durch einen auf privatrechtlicher Basis organisierten eingetragenen Verein erledigen zu lassen?
63. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß nach einer dpa-Meldung die Mehrheit der Ärzte im schleswig-holsteinischen Kreis Rendsburg/Eckernförde, der für den ersten regionalen Test mit einem Versicherten ausweis anstelle des bisher üblichen Krankenscheins Ende April 1977 ausgewählt worden ist, für den sofortigen Abbruch dieses Modellversuchs plädieren?
64. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bisher über den von diesen Ärzten insbesondere beklagten zusätzlichen Verwaltungs- und Zeitaufwand vor, der in keinem Verhältnis zu dem „fragwürdigen Nutzen“ stehe, wobei einige Patienten den Versicherten ausweis in der Form einer Scheckkarte zu Leistungen des Krankenversicherungssystems als eine Art „Selbstbedienungsladen“ mißbrauchten, die medizinisch nicht notwendig seien?
65. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung erkannt, daß die Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes die Vermittlung von Arbeitsplätzen im Haushalt blockiert (vgl. Nachrichten des Deutschen Caritasverbandes vom 30. August 1977), und welche Maßnahmen gedenkt sie gegebenenfalls zur Behebung dieses Mangels zu ergreifen?

66. Abgeordneter
Dr. Schöpfberger
(SPD) Sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, neue Straftatbestände zum Schutze menschlicher Arbeitskraft vorzuschlagen, die insbesondere die Ausbeutung der Arbeitskraft, das Vorenthalten des angemessenen Arbeitsentgelts, das vorsätzliche oder fahrlässige Herbeiführen von Betriebsgefahren und gesundheitlichen Schädigungen im Arbeitsprozeß (vgl. Artikel 167, 168 Abs. 1 Bayerische Verfassung) unter Strafe stellen sollen?
67. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Gilt die Befreiung von der Rezeptgebühr, wie sie für Kriegsbeschädigte geregelt ist, auch für andere Gruppen von Versorgungsberechtigten nach dem BVG, zum Beispiel für Impfgeschädigte, und wenn nein, wird die Bundesregierung die entsprechende Regelung ins Auge fassen?
68. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) In welchem Umfang — absolut und prozentual — werden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung von Familienmitgliedern deutscher und ausländischer Arbeitnehmer in Anspruch genommen, und was unternimmt die Bundesregierung, um eine stärkere Anspruchnahme durch Familienmitglieder ausländischer Arbeitnehmer auf Grund der Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten zu unterbinden?
69. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Wie will der Bundesarbeitsminister sicherstellen, daß die Rechnungsergebnisse der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 1977 den Mitgliedern der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen so frühzeitig zur Verfügung gestellt werden, daß diese ihre bis zum 31. März 1978 abzuschließenden Beratungen darauf aufbauen können?
70. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Auf welche Weise will der Bundesarbeitsminister verhindern, daß der vorgesehene Arzneimittelhöchstbetrag, die Transparenzlisten, die Herausnahme von Medikamenten aus der Erstattungspflicht und der von der Koalition offenbar geplante Krankenversicherungsbeitrag für Rentner in ihrer additiven Wirkung zu einer unzumutbaren einseitigen Belastung bestimmter Gruppen von Versicherten, insbesondere der Rentner führen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Treffen Informationen zu, daß Angehörige der Bundeswehr Grund haben, über einen unverhältnismäßig hohen und zum Teil abstoßenden Alkoholmißbrauch ihrer Kameraden während der ausgedehnten Freizeit innerhalb der Kasernen der Bundeswehr zu klagen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Alkoholmißbrauch zu unternehmen?
72. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundeswehr durch das Bundeswehrbeschaffungsamt über westdeutsche Händler Werkzeug für Kraftfahrzeuge aus der DDR und aus Polen bezieht, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachverhalt?

73. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Entstehen dem Bundesverteidigungsminister Schwierigkeiten bei der Erfassung und Bewirtschaftung vorbehaltener Stellen für Zeitsoldaten im Öffentlichen Dienst, wenn ja, welche Maßnahmen hat das Ministerium zur Behebung dieser Probleme ergriffen?
74. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in den letzten Monaten die Klagen häufen, daß Wehrpflichtige weit von ihrem Heimatort entfernt zum Grundwehrdienst einberufen werden und daß sie auch nach Ableistung des Grundwehrdienstes vielfach in Standorten Dienst tun müssen, die hunderte von Kilometern von ihrem Heimatort entfernt liegen, und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls diese Tatsache, da doch gerade in Heimatnähe auch — wie in Baden-Württemberg — eine große Zahl von Kasernen vorhanden ist?
75. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um wenigstens nach Ablauf der Grundwehrdienstzeit die Ableistung des übrigen Wehrdienstes in Heimatnähe zu ermöglichen, vor allem auch angesichts der auf den Anfahrtsstrecken zu den Kasernen zu beklagenden Verkehrsunfälle, und könnte die Bundesregierung die Bundeswehr dazu veranlassen, ihre Qualifikationsmerkmale zu vereinfachen, wenn damit die Heimatnähe des Einsatzortes besser zu erreichen wäre?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD) Treffen Berichte zu, daß private Altersheime und Seniorenstifte, ohne einen verbindlichen Einzugsstermin zu nennen, Mieterdarlehen fordern, die zu 50 v. H. bei der Anmeldung für einen Heimplatz, zu 50 v. H. bei Einzug fällig werden und die nur sehr niedrig oder gar nicht verzinst werden, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um sicherzustellen, daß die Wartezeit bis zum Einzug in das Heim nicht unzumutbar lang ausgedehnt wird?
77. Abgeordneter
Amling
(SPD) Untersucht die Bundesregierung mögliche Gründe für die sprunghaft angestiegene Zahl von Selbstmorden Jugendlicher im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Bundesregierung im internationalen Vergleich inzwischen einen Spitzenplatz einnimmt?
78. Abgeordneter
Amling
(SPD) Welche Möglichkeiten sind für eine verstärkte Aufklärung der Umwelt gegeben, um eine frühzeitige Erkennung der Selbstmordversuche und eine Verringerung der Selbstmordziffer zu erreichen, und wird die Bundesregierung diese Möglichkeiten im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs nutzen?
79. Abgeordneter
Amling
(SPD) Wie kann die nach einem überstandenen Selbstmordversuch dringend nötige psychotherapeutische Behandlung gewährleistet werden, vor allem dann, wenn solche Maßnahmen von Eltern unterlassen werden?

80. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Bedeutung des Cholesterinspiegels als Risikofaktor für Herzinfarkte das Ergebnis einer an der Universität Cambridge durchgeführten Untersuchung (vgl. „Welt am Sonntag“ vom 21. August 1977, Seite 30), wonach der tägliche Genuß von Milch (Vollmilch oder Magermilch) eine Senkung des Cholesterinspiegels im Blut bewirkt, und — falls sie zu dem gleichen Ergebnis kommt — wird sie entsprechende Aufklärungsarbeit leisten?
81. Abgeordnete
Frau
Erlor
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß bei zu lange aufbewahrten Champignondosen (BMELF-Informationen vom 14. September 1977), aber auch Sauer- und Obstkonserven größere Mengen Zinn und Eisen auf den Inhalt der Dosen übergehen, solange ein Herstellungs- oder Verfallsdatum auf den Konserven nicht erforderlich ist und der Verbraucher insofern die gesundheitsschädliche Toleranzgrenze nicht erkennen kann?
82. Abgeordnete
Frau
Erlor
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung den Verbraucher davor zu schützen, daß er (insbesondere vor Weihnachten und Ostern) Gebäck erwirbt, das noch aus der Vorjahresproduktion stammt, von dem er aber irrtümlich annimmt, es sei frisch, weil ein Herstellungs- oder Mindesthaltbarkeitsdatum auf den Packungen bisher nicht erforderlich ist?
83. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, im Weinrecht die derzeit gültige rechtliche Regelung in der geografischen Bezeichnung der Weine beizubehalten, damit gesichert ist, daß auch in Zukunft die Angabe von Gemeindefüramen bei Wein in Verbindung mit Namen von Lagen, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, möglich ist?
84. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß eine Änderung der derzeitigen Rechtsgrundlage schwere wirtschaftliche Einbußen der insbesondere überörtlich tätigen Genossenschaftskellereien zur Folge haben würde, und wenn ja, wird sie sich entsprechend verhalten?
85. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Beratung von Schwangeren nach der Reform des § 218 bzw. die dabei auftretenden regionalen Unterschiede in einzelnen Bundesländern, und welche Konsequenzen zieht sie aus den vorliegenden Mängeln des Beratungswesens zur Verbesserung der praktischen Reformwirksamkeit des neuen § 218?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

86. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Liegt dem Bundesverkehrsminister ein Antrag des Landes Schleswig-Holstein vor, im Bereich der Stadt Schwarzenbek die B 404 (Bismarckstraße) zu verlegen, um eine Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse zu erreichen?

87. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für die Verlegung der B 404 in Schwarzenbek tätig zu werden, ohne daß entsprechende Anträge bzw. Pläne des zuständigen Landesverkehrsministeriums vorliegen?
88. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die Vorschrift der Anlage XI zu § 47 StVZO die Ergebnisse der Untersuchung durch den ADAC und den AvD, wonach in der Praxis ca. 70 v. H. der geprüften Fahrzeuge umweltfeindlich fahren sollen, da mit dort festgestellten Werten von 6 bis 7 v. H. CO im Leerlauf nicht einmal dem zur Zeit gültigen Wert von 4,5 v. H. CO im Leerlauf genüge getan sei, und ist sie bereit, aus diesem Ergebnis Konsequenzen, gegebenenfalls gesetzgeberischer Art, zu ziehen?
89. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß von der Hoechst-AG und der Südchemie AG ein bleiunempfindlicher Katalysator zur Abgasreinigung von Ottomotoren entwickelt worden ist, bei dessen Verwendung Schadstoffe in Abgasen erheblich verringert werden können, und ist die Bundesregierung bereit, aus dieser Neuentwicklung die Konsequenzen einer gesetzlichen Neuregelung mit dem Ziel verringerter Schadstoffgrenzwerte zu ziehen?
90. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie ist der derzeitige Planungsstand der Ortsumgehung B 266 Firmenich – Obergartzem, und wann kann mit dem Baubeginn und der Fertigstellung dieser Ortsumgehung gerechnet werden?
91. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Rahmen des Zusatzinvestitionsprogramms der Bundesregierung die Autobahn A 56 von Zülpich bis zur Anschlußstelle Miel in voller Länge 4-spurig ausgebaut wird, und wenn ja, wann kann mit Baubeginn und Fertigstellung gerechnet werden?
92. Abgeordneter
Alber
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß bei einem Projekt, das über Jahrzehnte hinweg für eine vernünftige Verkehrsverbindung sorgen würde, Mehrkosten in Höhe von rund 100 Millionen DM gerechtfertigt wären, und ist sie bereit, beim Bau der S-Bahn zwischen Stuttgart-West und Böblingen der Trassenführung zuzustimmen, die durch die Ortsmitte von Stuttgart-Vaihingen mit Haltepunkten in Vaihingen-Nord und Vaihingen-Mitte (z. B. Trasse B2 oder D) führen würde?
93. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesminister für Verkehr einem Tunnelbau im Zuge der A 451 im Ennertbereich bei Bonn zugestimmt hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf die Bundesgartenschau 1979 in Bonn, nunmehr auf einen bevorzugten, gegebenenfalls provisorisch halbseitigen Ausbau der seit langem geplanten Anbindung der vor etwa fünf Jahren fertiggestellten Konrad-Adenauer-Brücke (Südbrücke) in Bonn an die A 3 hinzuwirken, damit die schon heute herrschende Überlastung der B 42 im Bereich des Siebengebirges nicht zu einer unverträglichen Belastung in diesem vielbesuchten Erholungsgebiet führt?

94. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Gibt es hinsichtlich der Planfeststellung beim Neubau der B 44 zwischen Mainz-Kostheim und Frankfurt-Sindlingen beim 2. und 3. Bauabschnitt, die beide in der ersten Dringlichkeitsstufe liegen, Schwierigkeiten, und welche Gefahren einer Verzögerung bestehen für den 2. und 3. Bauabschnitt?
95. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Trifft es zu, daß nach Auffassung der Deutschen Lufthansa Frauen grundsätzlich nicht als Flugkapitäne in Frage kommen, und hält die Bundesregierung diese Auffassung für richtig?
96. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) Wenn nein, welche Möglichkeiten bestehen für sie, die Deutsche Lufthansa zu einer Korrektur ihrer Auffassung zu veranlassen?
97. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist daran gedacht, Straßenbaumittel, die in einem Bundesland nicht verbaut werden, anderen Bundesländern zukommen zu lassen?
98. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Sind im Regierungsbezirk Tübingen außer der in der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage Nr. 62 (Drucksache 8/885 S. 24) bezeichneten Strecke Tübingen-Horb noch weitere Strecken, insbesondere die Strecke Ulm – Friedrichshafen (mit Anschluß nach Lindau) für die Elektrifizierung vorgesehen, und liegt insoweit ein Mißverständnis vor, als ich nicht nach dem „Raum Tübingen“, sondern nach dem Regierungsbezirk Tübingen im Land Baden-Württemberg gefragt hatte?
99. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wann hat die Bundesbahndirektion Stuttgart der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn die notwendigen Unterlagen für die Erteilung eines Planungsauftrags für die Eisenbahnviadukte Zazenhausen und Münster der Strecke Kornwestheim-Untertürkheim vorgelegt, und wann wird die Hauptverwaltung die Planungsaufträge erteilen?
100. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist es möglich, die Ausführungsplanung für die Viadukte so zu beschleunigen, daß mit den Bauarbeiten nicht wie vorgesehen erst 1981, sondern bereits früher begonnen werden kann, gegebenenfalls im Rahmen eines Konjunkturprogramms?
101. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Lärmsituation in Flörsheim-Weilbach an der Autobahn A 15 Frankfurt-Köln, die durch die Verbreiterung und den Anstieg bzw. das Gefälle gekennzeichnet ist, und ist sie bereit, den Klagen aus der Bevölkerung durch entsprechende Maßnahmen, wie z. B. durch einen etwa 350 m langen Lärmschutzzaun, abzuhelpfen?
102. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Investitionen sind nach heutigem Sachstand von Bundesbahn und Bundespost in dem Landkreis Lahn-Dill und der Stadt Lahn beabsichtigt bzw. im Bau?
103. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) In welcher Höhe und für welche Projekte der Städtiesanierung werden in den nächsten Jahren Mittel in den Landkreis Lahn-Dill und in die Stadt Lahn fließen?

104. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, das Stadtwaldsanatorium in Melsungen (Schwalm-Eder-Kreis), das entsprechend der Auskunft der Bundesregierung auf meine Frage vom 9. September 1977 (Drucksache 8/885, Teil B, Nr. 73) keine Verwendung im Bereich der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge mehr finden kann, unter strukturpolitischen Gesichtspunkten der Zonenrandförderung einer anderweitigen Verwendung außerhalb des gesundheitspolitischen Bereichs zuzuführen?
105. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, über den Planungsstand der B 299 neu zwischen Garching und Traunstein bereits konkrete Angaben zu machen, und welcher Zeitplan ist bejahendenfalls für den Bau dieser dringend benötigten Nord-Süd-Verbindung vorgesehen?
106. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, die mit der Einführung des Gesetzes über das Postwesen (PostG) vom 28. Juli 1969 weggefallene Haftung für Schäden, die durch den Verlust oder die Beschädigung von Postgutsendungen entstehen, wieder einzuführen, um der zunehmenden Konkurrenz im Paketdienst der Deutschen Bundespost wirkungsvoll zu begegnen und den Postkunden eine weitere Serviceverbesserung zu bieten, und wann ist bejahendenfalls mit einer entsprechenden Änderung des PostG zu rechnen?
107. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Ausweitung des Beförderungsvorbehalts auf den Paketdienst zu prüfen, um damit der „Rosinenpickerei“ privater Beförderer, die für unrentable Gebiete keine Bedienungspflicht haben, entgegenzuwirken?
108. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gewerkschaftlichen Forderungen aus dem Bereich der Deutschen Bundespost, Serviceleistungen im Paketförderungsdienst qualitativ zu verbessern, und ist sie bereit, diese Anregungen aufzugreifen?
109. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU)
- Unter welchen Bedingungen bietet die Deutsche Bundespost in Kaiserslautern freie räumliche und personelle Kapazitäten in den Ausbildungsstätten an Dritte an, und inwieweit ist dieses Angebot inzwischen in Anspruch genommen worden?
110. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wieviel öffentliche Telefonanschlüsse wurden in den Jahren 1975 und 1976 und im ersten Halbjahr 1977 mutwillig zerstört?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

111. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der bestehende Querschnitt der Elektroinstallation es nicht zuläßt, daß die Bewohner ihre Elektrogeräte ohne Sicherheitsrisiko benutzen können, bereit, als größter Gesellschafter der Frankfurter Siedlungsgesellschaft (70 v. H. Bundesanteil) für die Einfamilienhäuser der Wohnanlage Berkersheimer Weg

- durch Investitionszuschüsse die notwendigen und unabweisbaren Verbesserungen der dortigen elektrischen und wassertechnischen Installationen zu ermöglichen, damit in jedem der 1948 erbauten Einfamilienhäuser endlich ein eigener Stromzähler und eine eigene Wasseruhr eingebaut werden kann?
112. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Bis wann kann damit gerechnet werden, daß die unwürdigen und die einzelnen Familien belastenden Zustände beseitigt und eine dem heutigen Stand entsprechende Installation mit eigenem Stromzähler und eigener Wasseruhr je Einfamilienhaus in der Wohnanlage Berkersheimer Weg durchgeführt wird?
113. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Gibt es nach Ansicht der Bundesregierung technische oder ökonomische Gründe dafür, daß die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennstäben aus deutschen Kernkraftwerken in Frankreich erfolgen sollte, insbesondere weil dort die Wiederaufbereitungstechnologie besser und sicherer beherrscht wird, hält die Bundesregierung die französischen Ausbaupläne für realistisch, und ist die bereit, den aus Frankreich stammenden hochradioaktiven Abfall der deutschen Kernkraftwerke abzunehmen und endzulagern?
114. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung für ihren Zuständigkeitsbereich bereit, eine Trennung der Finanzmittelgenehmigung für Planung und Ausführung von Bauprojekten grundsätzlich vorzusehen oder wenigstens zu gestatten, um damit eine getrennte Abwicklung von Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren zu ermöglichen, bevor die Mittel für die Ausführung genehmigt sind?
115. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einigen Gemeinden, beispielsweise in Eschborn im Main-Taunus-Kreis, Grenzregelungen im Rahmen der §§ 80 bis 84 des Bundesbaugesetzes in einer Weise durchgeführt werden, die gegenüber den herkömmlichen Verfahren eine erhebliche Vereinfachung bei Behörden und Grundstückseigentümern sowie erhebliche Kosteneinsparung bedeutet, und hat die Bundesregierung die Absicht, die Durchführung dieses vereinfachten Grenzregelungsverfahrens auch in anderen Gemeinden zu fördern?
116. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das vereinfachte Grenzregelungsverfahren durch die derzeit gültige Formulierung der §§ 80 bis 84 des Bundesbaugesetzes umfassend und präzise genug abgedeckt ist, um eine zweifelsfreie und zügige Abwicklung der Grenzregelungsverfahren zu ermöglichen, oder welche Vorschriften bedürfen nach Ansicht der Bundesregierung einer erweiterten Formulierung, und gedenkt die Bundesregierung im Rahmen einer Gesetzesnovelle diese Änderungen dem Bundestag vorzuschlagen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

117. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Wie vielen Bürgern ist seit Inkrafttreten des Viermächteabkommens über Berlin und des Grundlagenvtrags jeweils in den einzelnen Jahren die Einreise zur Leipziger Messe verweigert worden?
118. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Zurückweisungen durch die DDR-Organen ab 1978 unterbleiben?
119. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland und Berlins befinden sich derzeit in Haftanstalten der DDR?
120. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Haben Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Kontakt mit allen Häftlingen, und wenn nicht, aus welchen Gründen ist der Kontakt nicht hergestellt worden?
121. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie lange müssen Bundesbürger bei welchen „Delikten“ im Schnitt in ostdeutschen Haftanstalten einsitzen, bevor sie in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren dürfen?
122. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) War der Bundesregierung bei Abschluß der Vereinbarung über die Generalüberholung der Autobahn Berlin–Helmstedt bekannt, daß sich Ost-Berlin bereits 1975 gegenüber dem Comecon bindend verpflichtet hatte, die Autobahn Berlin–Marienborn dreispurig für jede Fahrbahn auszubauen, und wie verantwortet die Bundesregierung die Übernahme der Kosten für eine Leistung, die Ost-Berlin ohnehin zu erbringen verpflichtet war, vor dem Steuerzahler im freien Teil Deutschlands?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

123. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) An welchen Forschungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft — aufgliedert nach Sachgegenstand, Laufzeit und Förderungsvolumen — ist die Bundesrepublik Deutschland beteiligt?
124. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) In welchem Umfange ergänzen oder widersprechen diese Forschungsprogramme den nationalen Forschungsprogrammen?

Bonn, den 23. September 1977

